

Sachsen-Anhalts Corona-Regeln

Das gilt bis zum 2. April



Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln und geschlossenen Räumen wie Restaurants und Einkaufsläden



Kontaktbeschränkungen aufgehoben



Keine Personenbegrenzungen für Veranstaltungen, Kulturangebote und Sportveranstaltungen



3G- statt 2G- oder 2G-plus-Regelung – Betreiber und Veranstalter können sich freiwillig für das 2G-plus-Modell entscheiden und umsetzen



Besuche in Kranken-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen nur mit negativem Test und Mund-Nasen-Schutz

Testpflicht in Schulen (mindestens drei Mal pro Woche testen) – auch in Hochschulen müssen die Personen getestet sein

QUELLE: LAND SACHSEN-ANHALT| GRAFIK: MZ/BÜTTNER

IN KÜRZE

Land gibt mehr Geld für Wege

MAGDEBURG/DPA - Das Landwirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt plant, den ländlichen Wegebau mit 5,5 Millionen Euro zu fördern. „Die Menschen in den ländlichen Regionen profitieren von einem gut ausgebauten Wegenetz und dessen multifunktionaler Bedeutung“, erklärte Landwirtschaftsminister Sven Schulze (CDU) am Montag. Derzeit seien die Wege noch in teils schlechtem Zustand. Mit dem Förderaufruf könne man die Region weiter vernetzen und die Mobilität verbessern. Die Gelder stammen aus EU-Fördertöpfen. Förderanträge können laut Ministerium bis zum 29. April 2022 gestellt werden.

Bauhaus ist für Flüchtlinge gratis

DESSAU-ROSSLAU/DPA - Die Stiftung Bauhaus Dessau bietet Flüchtlingen aus der Ukraine freien Eintritt in die Bauhausstätten an. Das betrifft das Bauhaus Museum Dessau, das historische Bauhausgebäude und die Meisterhäuser in Dessau-Roßlau. Anliegen sei es, den Menschen aus der Ukraine das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, teilte die Direktorin der Stiftung, Barbara Steiner, am Montag mit.

Urnengrabanlage in sanierter Kirche

EISLEBEN/MZ/JM - Das erste Kolumbarium (Urnengrabanlage) in einer Kirche in Sachsen-Anhalt steht vor der Fertigstellung. Die sanierte und umgestaltete Kirche St. Nicolai in Eisleben (Mansfeld-Südharz) soll am 24. Juni offiziell eingeweiht werden. Das Kolumbarium wird 1.200 Urnenplätze bieten. Circa 100 Interessenten haben sich laut dem Evangelischen Kirchenkreis Eisleben-Sömmerda bereits gemeldet. In der Kirche, die seit 1973 nicht mehr für Gottesdienste genutzt wird, ist außerdem ein Archiv entstanden.

Autobahn 38 wird erneuert

BERGA/MZ/FS - Autofahrer müssen sich auf monatelange Behinderungen und eine einspurige Verkehrsführung auf der Südharzautobahn A 38 westlich von Sangerhausen einstellen. Ab April beginnen größere Baumaßnahmen zwischen den Anschlussstellen Berga (Landkreis Mansfeld-Südharz) und Heringen in Thüringen. Die Autobahn GmbH investiert nach eigenen Angaben insgesamt 33,7 Millionen Euro, um bis Herbst nächsten Jahres die maroden Fahrbahnen des 9,3 Kilometer langen Abschnitts in beiden Richtungen zu sanieren. In einem ersten Bauabschnitt wird bis Oktober dieses Jahres die Fahrbahn Richtung Göttingen erneuert. Anschließend folgt von April bis Oktober 2023 die Gegenrichtung nach Leipzig. Nach Angaben der Autobahn GmbH werden bei den Arbeiten der gesamte Oberbau getauscht und die Schichten für eine höhere Tragfähigkeit neu gestaltet. Dabei soll der bisherige Asphalt durch Beton ersetzt werden, der langlebiger sei.

AUFGEFALLEN

Ex-Premier Babis erhält Betrugsklage



Schwere Vorwürfe: Die Staatsanwaltschaft in Tschechien hat nach jahrelangen Ermittlungen Anklage gegen den früheren Ministerpräsidenten Andrej Babis erhoben. Dem Unternehmer und Milliardär würden Subventionsbetrug und Beschädigung der finanziellen Interessen der Europäischen Union vorgeworfen, teilte ein Sprecher der Anklagebehörde am Montag in Prag mit. Der 67-Jährige wird beschuldigt, sich im Jahr 2008 Fördergelder für den Bau des Wellness-Resorts „Storchennest“ in Höhe von umgerechnet knapp zwei Millionen Euro erschlichen zu haben. Die Mittel waren für kleine und mittelständische Unternehmen bestimmt. Doch Babis stand an der Spitze eines Firmenkonglomerats mit fast 200 Unternehmen in der Agrar-, Lebensmittel- und Chemieindustrie. Babis ist auch in Deutschland aktiv: Seiner Holding Agrofert gehört das Chemiewerk SKW Piesteritz (Landkreis Wittenberg). Babis selbst hat die Vorwürfe immer wieder bestritten.

FOTO: AFP

Er wollte die DDR ändern

NACHRUF Frank Eigenfeld wurde verhaftet, verhört und dauerhaft observiert - trotzdem blieb der Bürgerrechtler in seinem Heimatland. Nun ist er 78-jährig gestorben.

VON JULIUS LUKAS



Der hallesche Bürgerrechtler Frank Eigenfeld 2015 in seinem Haus in Halle. FOTO: ANDREAS STEDTLER

HALLE/MZ - In den Westen zu gehen, die DDR zu verlassen, so wie es viele Freunde und Bekannte getan hatten - für Frank Eigenfeld kam das nie in Frage. „Das wäre eine Flucht gewesen. Wir wollten aber hier etwas verändern“, sagte der in Frankfurt (Oder) geborene Bürgerrechtler 2015 der Mitteldeutschen Zeitung. Den Staat verändern, das konnte man nicht von außen tun. Davon war Frank Eigenfeld überzeugt. Am vergangenen Mittwoch starb der Geologe mit Berufsverbot, Hausmeister in einer Kirchgemeinde, Initiator der „Nachtgebete“ sowie Mitgründer des Neuen Forums im Alter von 78 Jahren in Halle.

Mit seiner damaligen Frau Katrin kam Eigenfeld Ende der 70er Jahre in Kontakt mit der Offenen Jugendarbeit in Halle-Neustadt. Damals begann auch seine politische Auseinandersetzung mit der DDR. Ihn beschäftigten Themen wie Frieden und Umweltschutz, die zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und die Forderung nach grundlegenden Bürgerrechten wie Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit. „Diktatur lebt von der öffentlichen Zustimmung der Beherrschten. Wir aber haben entschieden, nicht mehr mitzuspielen“, sagte Eigenfeld.

> „Er strahlte stets Ruhe und Gelassenheit aus.“
>
> **Heidi Bohley**
> DDR-Bürgerrechtlerin

Von der Stasi dauerobserviert

Für ihn führte dieses Engagement zu Verlusten. 1982 weigerte er sich, als Geologie-Dozent an der Uni Halle seine Studenten zum Zivilverteidigungslager zu begleiten. Daraufhin wurde er entlassen und fortan von der Stasi observiert. Er galt als PUT - politisch im Untergrund tätig. „Das war natürlich Quatsch“, sagte Eigenfeld 2015. „Wir haben uns immer zu unseren Forderungen nach einem demokratischen Land bekannt. Verstecken wollten wir uns eben nicht.“

Nachdem er seine Unistelle verloren hatte, arbeitete er als Hausmeister in einer halleschen Kirchgemeinde. Es war die Zeit, in der Eigenfeld und seine Frau auch auf Heidi Bohley trafen. „Ich habe ihn als mutigen Menschen in Erinnerung, der stets eine große Ruhe und Gelassenheit ausstrahlte“, erzählt die Bürgerrechtlerin der MZ. Als es bei den Friedensgebeten in Halle unter den Teilnehmern Spannungen gab, habe er vermittelt. „Damals kamen Menschen mit Ausreiseantrag zu den Gebeten, weil sie hofften, ihre Ausreise durch die Teilnahme zu beschleunigen“, erzählt Bohley. Diejenigen, die die DDR von innen heraus verbessern wollten, habe das geärgert. „Doch Frank nahm sich der Leute mit Ausreiseantrag an und gründete mit ihnen die Nachtgebete - das entschärfte den Konflikt.“



1992 legte das Neue Forum in Halle eine Liste mit 4.500 Namen von Stasi-Mitarbeitern aus. Heidi Bohley und Frank Eigenfeld (in der Tür) sind vom Andrang überrascht. FOTO: GÜNTER BAUER

Festnahmen, Verhöre und viele weitere Repressalien konnten Eigenfeld nicht davon abbringen, sich für eine andere DDR einzusetzen. Am 10. September 1989 war er als einer der 30 Erstunterzeichner dabei, als sich in Berlin Grünheide das Neue Forum gründete. Für die Bürgerbewegung engagierte er sich auch nach dem Fall der Mauer. So war er 1992 an der aufsehenerregenden und umstrittenen Veröffentlichung einer Liste beteiligt, auf der 4.500 Namen von inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern aus Halle standen.

Von 1990 bis 1994 und von 2004 bis 2008 saß Eigenfeld im Stadtrat von Halle. Seine Stelle an der Universität bekam er 1990 zurück. „Und sobald es ging, fing Opa an zu reisen“, erzählt seine Enkelin Lena Lehmann. Von Korfu bis in die Berge Kirgisistans, von Mallorca bis Dubai und zum Baikalsee - er entdeckte die Orte, die ihm zuvor unzugänglich waren. Dabei baute er sich auch ein zweites Standbein als Reiseleiter auf, ein Nebenjob, dem er sich nach seiner Pensionierung noch viele Jahre widmete.

Ehrengast bei Einheitsfeier

Im vergangenen Jahr, erzählt Lena Lehmann, sei ihr Großvater - seit 2019 Träger des Bundesverdienstkreuzes - als Ehrengast zur Einheitsfeier in Halle eingeladen gewesen. „Unter Tränen hat er da noch einmal gesagt, dass der Mauerfall und die Wende für ihn das größte Glück waren, weil sie ihm ermöglichten, so viel von der Welt zu sehen.“ Seit etwa einem Jahr, so die Enkelin, habe Eigenfeld körperlich abgebaut. „Er hatte aber keine Krankheit, sondern schlief einfach friedlich ein - so wie man es sich für jeden Menschen am Ende seines Lebens wünscht.“

Mehr Geld für Politiker in Kommunen

GEHALT Erfolgreiche Bürgermeister und Landräte sollen belohnt werden.

MAGDEBURG/DPA/MZ - Wer die Wähler erneut von sich überzeugt, soll belohnt werden: Bei einer zweiten Amtszeit sollen Bürgermeister und Landräte mehr Geld bekommen. Die Landesregierung in Sachsen-Anhalt will bis zum Sommer die Kommunalbesoldungsverordnung ändern. Wird ein Bürgermeister oder Landrat erstmalig wiedergewählt, soll dieser eine Besoldungsgruppe aufsteigen.

Wie das Innenministerium bestätigte, soll die neue Regel auch für Amtsträger gelten, die bei Inkrafttreten der neuen Verordnung bereits wiedergewählt worden sind. Damit könnten dutzende Kommunalpolitiker mit einem Gehaltsplus rechnen.

„Es ist eine Leistung, wenn jemand wiedergewählt wird. Dann sind die Menschen offenbar mit der Bürgermeisterin oder dem Landrat zufrieden“, so Innenministerin Tamara Zieschang (CDU). In Sachsen-Anhalt gibt es 122 hauptamtliche Bürgermeister und elf Landräte. Entsprechend der Einwohnerzahl ihres Gebietes werden sie in verschiedene Besoldungsgruppen eingeteilt. Ein Bürgermeister in einer Gemeinde mit bis zu 5.000 Einwohnern erhält beispielsweise die Stufe A14, das sind rund 4.500 Euro. Mit bis zu 10.000 Einwohnern sind es in der Stufe A15 rund 5.500 Euro, bei einer Gemeinde mit bis zu 15.000 Bürgern sind es in der A16 etwa 6.000 Euro. In der Besoldungsgruppe B beginnen die Gehälter bei rund 8.000 Euro.

Die Kommunen fordern schon länger, dass sich bei der Besoldung etwas tut. Die Spitzenverbände hätten es gerne gesehen, wenn Bürgermeister und Landräte in der Besoldung alle eine Stufe nach oben geklettert wären. „Die Höherstufung nach einer Wiederwahl ist ein Kompromiss“, sagt Bernward Küper, der Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes. Ähnlich sieht es Heinz-Lothar Theel, Geschäftsführer des Landkreistags. „Wir begrüßen diese Zielsetzung“, sagt er. Damit werde die hohe Verantwortung der Landräte anerkannt.

> **8.000**
>
> **EURO GEHALT BEKOMMT** zum Beispiel ein Bürgermeister in einer Gemeinde mit 15.000 bis 20.000 Einwohnern. Er wird mit B2 besoldet.

Darüber hinaus plädieren die Kommunen dafür, dass die Vergütung im öffentlichen Dienst insgesamt überdacht wird. „Es wird immer schwieriger, auf dem Arbeitsmarkt geeignetes Fachpersonal zu rekrutieren“, sagt Küper. Dies betreffe beispielsweise Ingenieure und IT-Fachleute. „Hier muss überprüft werden, ob der öffentliche Dienst noch konkurrenzfähig zur freien Wirtschaft ist.“